

Urban Mangold, Vorsitzender der ÖDP Niederbayern, Rede zum Niederbayerntag am 24.10.2015

Liebe Mitglieder und Freunde der niederbayerischen ÖDP,
das beherrschende Thema dieser Tage beschäftigt natürlich auch uns:

Als Zweiter Bürgermeister der Stadt, die in den letzten Wochen im Fokus der Republik stand bin ich froh, dass wir geräuschlos gearbeitet haben. Ohne selbst produzierten Drang zur Kontroverse haben wir zusammen mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und vielen engagierten Ehrenamtlichen die vom Weltgeschehen bestimmte Aufgabe geräuschlos erledigt und den von Krieg und Terror fliehenden Menschen einen ersten würdigen Empfang bereitet. Ich wäre froh, wenn alle politisch Verantwortlichen in diesen Tagen so geräuschlos arbeiten würden wie die Stadt Passau - ohne laute Öffentlichkeitsarbeit, frei vom Versuch, einen politischen Vorteil zu erlangen. Das wäre die beste Vorgehensweise, immer dann wenn es um Minderheiten, vor allem um ethnische Minderheiten geht.

Wir von der ÖDP haben seit jeher eine differenzierte Position zu den Themen Flucht und Asyl. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und zu den Verpflichtungen, die unser Land mit der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention eingegangen ist. Wir glauben aber nicht, dass es gerade in der jetzigen Situation sinnvoll ist, noch darüber hinaus weitere Einwanderungsmöglichkeiten – unabhängig von Asyl und Flucht zu schaffen – wie das manche Gruppierungen fordern. Es wird eine ohnehin schon große Herausforderung, die bei uns Zuflucht suchenden Menschen in den nächsten Jahren zu integrieren und auszubilden.

Die Situation ist nun wie sie ist. Es kommt jetzt, nach der Erstaufnahme auf ein gutes politisches Management an. Mit großen Anstrengungen, integrativen Bildungsangeboten und einer gerechteren Verteilung der Herausforderung in Europa und innerhalb Deutschlands kann dies aber gelingen. Es kommt dabei auch darauf an, eine ausschließlich zentrale Unterbringung in neuen, aus dem Boden gestampften Geschosswohnungsbauten in den Großstädten zu vermeiden und stattdessen dezentrale Integration zu ermöglichen. Ein Schlüssel dazu ist nach meiner Ansicht die Sanierung von Bestandsimmobilien im ländlichen Raum, wo es viele leer oder halb stehende Gebäude mit Sanierungsstau gibt, weil sich Investitionen mangels Nachfrage schlicht nicht rentieren. Für einen begrenzten Zeitraum könnten Abschreibungsmöglichkeiten ausgeweitet werden, so wie es jetzt schon in städtebaulichen Sanierungsgebieten möglich ist, um dezentrale Integration und Sanierung zu verknüpfen und privates Kapital hierfür zu mobilisieren.

Die letzten Monate führen uns aber deutlich vor Augen, dass das, was wir seit 20 Jahren fordern, richtig war: eine glaubwürdige Politik der Fluchtursachenbekämpfung.

Fluchtursachenbekämpfung ist vielschichtig. Wir wollen nicht vereinfachen. Die Forderung „Fairhandelsabkommen statt Freihandelsabkommen“, die unsere Bundesvorsitzende heute Vormittag begründet hat, gehört zweifellos dazu.

Wir müssen aber auch noch mehr als bisher einfordern, dass zu einer glaubwürdigen Bekämpfung der Fluchtursachen eine konsequente Umkehr bei der deutschen Rüstungsexportpolitik gehört. Wenn in den Krisengebieten der Welt ständig deutsche Waffen auftauchen, dann zeigt das doch deutlich, dass es mit der angeblich restriktiven Politik von Sigmar Gabriel und seinen Amtsvorgängern nicht weit her sein kann.

Konzern- und Verbandsspenden an politischen Parteien sind Gift für die Demokratie. Das gehört zu den unverrückbaren Grundüberzeugungen der ÖDP. Geradezu unerträglich wird es aber, wenn Konzernspenden an Parteien das Waffengeschäft befördern. Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die rechte Hand der Kanzlerin, gehört bekanntlich zu den Nehmern. Seinem CDU-Kreisverband Rottweil gab der dort ansässige Rüstungskonzern Heckler & Koch immer wieder ansehnliche Spenden. Also Spenden von einem Rüstungskonzern, gegen den schon mehrere Ermittlungsverfahren wegen unerlaubter Waffenexporte eingeleitet wurden.

Nirgendwo wird die Nähe zwischen politischen Entscheidern und Lobbyisten so offen und unverblümt gesucht wie beim Waffenexport. Es gibt da sogar ein institutionalisiertes Begegnungsforum: die Deutsche Wehrtechnische Gesellschaft. Wer ist da drin? Da sitzen:

- Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie
- Beamte aus dem Verteidigungsministerium
- Medien wie die sog. Mönch Verlagsgesellschaft, ein international tätiger Verlag für Militärpublikationen, in den 50er Jahren auf Initiative des Verteidigungsministeriums gegründet.
- und natürlich Politiker von CDU, CSU, SPD und FDP wie z.B. der CSU-MdB Florian Hahn, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Der Herr Hahn war vorher Mitarbeiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Rüstungsunternehmens [Krauss-Maffei](#) und er ist Beirat bei einem Medienunternehmen, nämlich ... in der Mönch Verlagsgesellschaft - Ein kleines Beispiel für das wehrtechnische Netzwerk unserer Republik.

In dieser Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft wird jede gebotene Distanz zwischen Parlamentariern, Ministerialbeamten und Rüstungslobbyisten aufgegeben. Deshalb findet man deutsche Waffen in den Krisengebieten der Welt.

Dem Präsidenten der DWTG, Gerhard Schempp bin ich kürzlich in Passau bei einer von Studenten ausgerichteten Diskussion begegnet. Geplant war eigentlich, dass ich ein freundliches BGM-Statement abliefern soll. Aber nachdem ich dort vor vollem Hörsaal meine Kritik an dieser Rüstungskungelei formuliert hatte, meinte Gerhard Schempp:

Herr Bürgermeister Mangold, was glauben sie wohl, wieviel von den in der ZF Passau produzierten Getrieben und Geräten in Rüstungsgütern landen?

Oder wieviel IT-Software der Passauer IT-Firmen in Rüstungsgütern zum Einsatz kommt?

...

Ich sage: Ja, genau das führt uns zur zentralen Frage: Sind wir bereit, Fluchtursachenbekämpfung auch dann ernst zu nehmen, wenn es uns unseren Wohlstand betrifft, wenn es um Arbeitsplätze geht?

Wir von der ÖDP sagen klar: Dazu gibt es keine Alternative.

Und deshalb fordern wir die Bundestagsparteien auf: Geben Sie sich endlich einen Ehrenkodex, der dieser Kungelei mit den Rüstungslobbyisten Einhalt gebietet. So trägt Deutschland dazu bei, dass Menschen nicht vor dem Terror aus ihren Heimatländern fliehen müssen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die niederbayerische ÖDP war vor allem in den letzten 12 Monaten immer wieder aktiv gegen TTIP, TISA, CETA. Warum eigentlich?

Freier Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, das klingt doch zunächst gar nicht so unsympathisch. Wenn Bürokraten weniger zu sagen haben, dann wird Handel einfacher, dann werden Autos, Kühlschränke und Lebensmittel billiger. Und wenn das alles so kommt, dann kaufen Amerikaner und Europäer noch mehr von allem. Was soll daran schlecht sein, fragen die marktradikalen TTIP-Freihandelsbefürworter.

Einer hat einen Erklärungsversuch für unsere Skepsis parat:

„Vielleicht ist es manchmal schwieriger in Deutschland, weil wir ein Land sind, das reich und hysterisch ist“. Wissen Sie, wer das beim Weltwirtschaftsforum in Davos zur TTIP-Debatte gesagt hat?

Unser Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Gabriel. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat sieht in der Sorge, das Primat der Politik könnte unter die Räder der globalen Ökonomie geraten, hysterisches Getue von Wohlstandsbürgern. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat!

Mit diesem Abkommen wird die Kontrolle der Macht durch gewählte Parlamentarier ausgehöhlt. Erst vor wenigen Tagen hat auch der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer von der CDU erklärt, TTIP gefährdet die parlamentarische Demokratie.

Richtig: Dieses Abkommen ist eine Falle! Wir müssen uns dagegen wehren! Weil ...

- Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften, soziale Gesetzgebung, der Mindestlohn können bei einem Inkrafttreten von TTIP von den Konzernbossen als Handelshemmnisse betrachtet werden.

- Unsere öffentlichen Krankenhäuser, die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, Ver- und Entsorgungsbetriebe würden durch diese Abkommen unter weiteren Privatisierungsdruck gesetzt.

Amerikanische Konzerne sollen dem Entwurf zufolge Staaten der Europäischen Union vor einem Schiedsgericht verklagen können, wenn sie durch die Gesetzgebung ihren Gewinn reduziert sehen (z.B. durch Mindestlöhne oder durch ökologische und soziale oder durch Verbraucherschutzvorschriften). Die Gesetze des beklagten Staates spielen dabei keine Rolle mehr.

Wenn TTIP beschlossen wird, dann ist das eine gigantische Selbstentmachtung der Politik. Das hebt unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie aus den Angeln. Dieser Entwicklung werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!

Und das tun wir durch Aktionen vor Ort:

So zum Beispiel beim Besuch von US-Botschafter Emerson in Passau, dem wir nach dem Eintrag ins Goldene Buch im Sitzungssaal des Landkreises Passau unser Positionspapier kontra TTIP überreicht haben. Da haben nicht wenige Honoratioren geschmollt. Der CSU-Generalsekretär hat sogar den Passauer OB öffentlich aufgefordert, seinen Stellvertreter Mangold zurückzupfeifen. Emerson hat zwar immer gelächelt, aber Scheuer meinte trotzdem, noch nie sei ein US-Botschafter so von einem Bürgermeister empfangen worden. Ich war begeistert und konnte zunächst meinen Augen gar nicht trauen, aber ich muss wohl befürchten, dass der Herr Scheuer das nicht noch einmal macht, weil er inzwischen weiß, dass das zu einem guten überregionalen Presseecho führt – für uns.

Und dann kam Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, dem wir vor seiner Rede auf Schloss Fürstenstein ebenfalls ein ÖDP-Positionspapier gegen TTIP überreichten.

Das ist unser Beitrag in dieser Debatte: Wir wollen zeigen, dass es aus der Mitte der Gesellschaft heraus Widerstand gegen diese Gefährdung unserer Demokratie gibt.

Liebe Freunde,

wir alle sind überzeugte Europäer. Dafür gibt es zwei überragende Gründe:

zum einen den historischen: Die Sicherung des Friedens, die Freundschaft unter den Völkern ist ein von uns allen verinnerlichter Wunsch.

Und es gibt noch einen weiteren überragenden Grund für die Europäische Einigung, der in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen hat: Wir wissen, dass die Nationalstaaten für sich alleine gegen die Global Player der Ökonomie nicht mehr viel auszurichten vermögen.

Und deshalb verbinden wir mit der Europäischen Einigung die Hoffnung nach einem ökologischen und sozialen Rahmen innerhalb dessen sich die Marktkräfte entfalten können.

Und dass nun ausgerechnet europäische Institutionen diesen ökologischen und sozialen Rahmen internationalen Großkonzernen vor die Füße werfen, angefeuert von einer schwarz-

roten deutschen Bundesregierung – das ist eine maßlose Enttäuschung für jeden überzeugten Europäer.

Ich glaube im Übrigen auch, dass der Ur-Vater unserer bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner sich heute entsetzt abwenden würde, wenn er sähe, dass ein sozialdemokratischer Vizekanzler und ein sozialdemokratischer EU-Parlamentspräsident in einem Koalitionspakt am Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen rütteln und den Lobbyisten Tür und Tor öffnen. Ich glaube, Wilhelm Hoegner wäre fassungslos.

Seit der letzten Bezirksversammlung haben wir uns auch immer wieder zu aktuellen Themen in Niederbayern zu Wort gemeldet.

Zum Beispiel zum unglaublichen Bayern-Ei-Skandal. Wir haben in den betroffenen Kreistagen und im Bezirkstag Resolutionsanträge eingebracht mit dem Ziel: Der Gesetzgeber soll die Bestimmungen der Geflügelhaltung so ändern, dass derart skandalöse und unkontrollierbare Verhältnisse nicht mehr möglich sind.

Das mögen unsere politischen Konkurrenten zwar gar nicht, wenn wir in kommunalen Resolutionen an den Gesetzgeber appellieren, aber es gibt einen Zuständigkeitszusammenhang. Wenn Städte, Kreise und auch der Bezirk Marketing-Anstrengungen finanzieren, um den Wirtschafts- und Lebensraum Niederbayern zu bewerben, dann müssen sich die kommunalen Gebietskörperschaften auch zu Wort melden, wenn verantwortungslose Geschäftspraktiken Niederbayern als Zentrum tierquälerischer Massentierhaltung erscheinen lassen. Die Gefahr ist groß, dass sich gar nichts ändert, wenn wir nicht beharrlich eine Änderung einfordern.

Wie sich die Zeiten ändern: Emmanuel Jungclaussen (87), Abt des Benediktinerklosters Niederalteich, war über Jahrzehnte der Schutzpatron der Donau – gegen die Interessen derer, die der Heimat Donau in ihrem letzten freifließenden Bereich mit Staustufen und Stichkanal zusetzen wollen. Schließlich wurde dem Abt für seinen leidenschaftlichen Einsatz zur Rettung der natürlichen Donau der Bayerische Umweltpreis verliehen. Weil Ministerpräsident Seehofer unter dem öffentlichen Druck, zu dem auch die ÖDP maßgeblich beigetragen hat, erklärte: Mit ihm wird es nur sanfte flussbauliche Maßnahmen geben.

Wir bleiben wachsam und erlauben uns schon mal die kritische Nachfrage: Gilt Seehofers Wort auch nach der nächsten Wahl?

Liebe Freundinnen und Freunde, seit Juli 2014 ist der aktuelle Bezirksvorstand im Amt. Ich bedanke mich bei allen Vorstandskolleginnen und Kollegen für die wirklich gute und harmonische Zusammenarbeit, bei meinen Stellvertretern, Christine Ackermann und Oswald Zöller, bei Jörn Rüter, der die Kasse hütet, bei den Beisitzern Michael Schöffberger, Bernd Wimmer, Rosmarie Pfefferl. Lisa Wax aus dem Kreisverband Dingolfing-Landau musste leider wegen einer besonderen beruflichen Beanspruchung ihre Arbeit im Bezirksvorstand einstellen, was wir sehr bedauern.

Der aktuelle Bezirksvorstand hat die Öffentlichkeitsarbeit durch Aktionen und Pressearbeit verstärkt. Wir treffen uns in verschiedenen Landkreisen, zuletzt zum Beispiel in Rottal-Inn im Freilichtmuseum Massing, verbunden mit einer Betriebsbesichtigung bei einem Heizkesselhersteller für Holzheizungen, wo wir mit der Geschäftsleitung die Schwächen des

aktuellen 10.000 Häuser-Förderprogramms diskutiert haben. Wir haben unseren Internetauftritt verbessert und versuchen Besuche unsere Europaabgeordneten Prof. Buchner optimal zu nutzen, hier z.B. ein Zusammentreffen mit Landrat Laumer aus Straubing-Bogen, mit dem Passauer OB Dupper und beim gemeinsamen Besuch mit Mandatsträgern im Technologiezentrums Energie in Ruhstorf, wo an der Speichertechnik geforscht wird.

Wir haben zum 15-jährigen Jubiläum an die Streichung des reservierten Atomkraftwerkstandortes Pleinting bei Vilshofen erinnert. Sie erinnern sich: Das wollte Herr Wiesheu nie. Wir haben es mit einem Volksbegehren erreicht. Und weil dort auf dem geplanten AKW-Gelände jetzt ein Hornbach-Logistik-Center steht, freuen wir uns zum Jubiläum mit dem Transparent „Dübel statt Übel“

Trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit haben wir leider die Mitgliederzahl unterm Strich nicht erhöhen können. Wir verharren stabil auf rund 790 Mitglieder in Niederbayern. Aber wir haben bei der außerplanmäßigen Wahl des Straubing-Bogener Kreistages einen super Erfolg errungen: Das ist natürlich der Erfolg des Kreisverbandes, aber wir haben ihn seitens des Bezirksverbandes finanziell unterstützt.

Ich habe eine Fülle von Initiativen im Bezirkstag gestartet: Altenpflegepreis, Stopp eines unnötigen Verwaltungsneubaus, psychiatrische Versorgungsstruktur, zur Energieeinsparung und schließlich zur Denkmalpflegeförderung.

Gerade an letzterem werde ich mit großer Beharrlichkeit dran bleiben. Es spricht Bände, dass der Haushaltsansatz des Bezirks Niederbayern zur Bezuschussung des denkmalpflegerischen Mehraufwands seit zehn Jahren nicht mehr erhöht wurde. Das will ich ändern, um niederbayerische Baukultur vor Zerstörung und Verfälschung zu bewahren.

Wir von der ÖDP sind überzeugt: Man kann nicht alles dem Markt überlassen.

Wir brauchen einen ökologisch-sozialen gesetzgeberischen Rahmen, innerhalb dessen sich die Marktkräfte entfalten können.

Wir brauchen die Unterstützung der Heimatpflege, die das Bewusstsein für die Werte unserer Orte und Landschaften weckt.

Eine Landesentwicklungsplanung, die daraus die richtigen Schlüsse zieht, um Nutzungsansprüche der Gegenwart so zu lenken, dass die Bewahrung der Lebensgrundlagen, der Kultur- und Naturschönheiten möglich wird.

Das ist die wertkonservative Grundhaltung, der wir uns verpflichtet fühlen. Ich freue mich, dass wir dazu den Vorsitzenden des Landesvereins für Heimatpflege, Herrn Landtagspräsidenten a.D. Johann Böhm als Gastredner gewinnen konnten.

Wir wollen nicht noch mehr als bisher durch Allein grauenvoller Funktionsbauten fahren müssen, um zu den historischen Ortskernen zu kommen, die unsere Sinne berühren. Deshalb widersetzen wir uns der Aushöhlung des Anbindegebots für Gewerbebauten. Wir wollen nicht norditalienische Verhältnisse an alle Schnellstraßen. Eine solche Liberalisierung der Landesentwicklungsplanung kann man nennen wie man will. Die Bezeichnung Heimatstrategie hat sie nicht verdient.